

innerns und Gedenkens, aber auch als Lernorte, besonders für unsere junge Generation. Es ist uns ganz besonders wichtig, dass vor allem die jungen Menschen erfahren, wie es damals tatsächlich war, damit sie nicht heute auf die verführerischen Parolen von extremistischen Gruppen hereinfallen. Wir wollen und müssen die Erinnerung an das Geschehen bewahren, aber nicht nur bewahren, sondern auch weitergeben. Das schulden wir unseren Kindern und Enkeln, damit sie das Grauen der Vergangenheit nicht noch einmal erleben müssen.

Wir schulden es aber auch den Überlebenden von damals. Einer von ihnen ist Herr Jack Terry, der Sprecher des Internationalen Flossenbürg Komitees, den wir 2009 mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet haben. Wie sehr für ihn das Vergangene immer noch präsent ist, hat er einmal so ausgedrückt:

Als ich zum 50. Jahrestag der Befreiung nach Flossenbürg zurückkehrte, träumte ich in der ersten Nacht hier von meinem Vater. Das heißt, das alles begleitet einen immer. Wenn ich deshalb davon spreche, dass das Konzentrationslager Flossenbürg befreit wurde, achte ich sehr darauf, nicht zu sagen, dass *ich* befreit wurde. Weil ich niemals von den Erfahrungen und den Verlusten befreit werden kann. Sie sind immer gegenwärtig.

In diesem Sinne darf ich Sie nun bitten, sich zum ehrenden Gedenken an die Menschen, die der Willkür und der Gewalt des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen sind, und zu Ehren der Überlebenden zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Bayern auf der Standspur - jetzt endlich Elektromobilität in Fahrt bringen!"**

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat als Thema für die heutige Ministerbefragung das Thema "Bayern auf der Standspur - jetzt endlich Elektromobilität in Fahrt bringen" benannt. Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Herr Staatsminister, vielen Dank, Sie sind schon an das Rednerpult getreten. Ich darf für die erste Frage dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister! Im Jahr 2008 wurden in Bayern von 6,8 Millionen Fahrzeugen gerade einmal 24 Pkw mit

Elektroantrieb angemeldet. Vergangenes Jahr waren es gerade einmal 27. Ich denke, diese Zahlen machen deutlich: Bayern steht in Sachen Elektromobilität absolut auf der Standspur. Herr Staatsminister, würden Sie mir recht geben, dass die Staatsregierung die rasante Entwicklung in den vergangenen Jahren, insbesondere in den Jahren 2007 und 2008, geradezu verschlafen hat und Sie als neuer Wirtschaftsminister auf diesem Feld geradezu bei null anfangen mussten?

Diese Zahlen machen auch deutlich, dass es vor diesem Hintergrund fast schon vermessen ist, wenn im Jahr 2020 200.000 E-Mobile auf Bayerns Straßen unterwegs sein sollen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Politik zu wenig tut und die notwendigen Rahmenbedingungen nicht schafft. Ich denke - darüber gibt es wohl auch hier im Plenum Einigkeit -, dass das E-Mobil Zukunft hat. Sein volles Potenzial für den Klimaschutz entfaltet das Elektrofahrzeug bei der Verwendung von Strom aus regenerativen Energiequellen. Unser Ziel muss annähernd das Null-Emissions-Fahrzeug sein, das mit Strom aus regenerativen Energiequellen angetrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Erwin Huber hat Ihnen in den letzten Tagen sinngemäß vorgeworfen, Sie seien derjenige gewesen, der die aktuelle Entwicklung gewissermaßen verschlafen habe. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich dem nicht zwangsläufig widersprechen möchte. Ich erkenne aber auch, dass Herr Huber es in der Hand gehabt hätte, in den vergangenen Jahren all das in Gang zu setzen, was er jetzt fordert, nämlich einen Masterplan mit konkreten Etappenschritten, mit entsprechenden Maßnahmenpaketen sowie einem Beauftragten für Elektromobilität.

Die politische Antriebslosigkeit in Sachen Elektromobilität scheint mir auch bei Ihnen als Mitglied der gegenwärtigen Staatsregierung augenscheinlich. Gerade einmal 5 Millionen Euro hat die Staatsregierung im Haushalt des vergangenen Jahres etatisiert. Das ist überaus mager. Denken wir an China: 1 Milliarde an Förderungen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das wissen Sie nur, weil Sie dabei waren!)

- Das weiß ich dank unseres Besuchs, Herr Ministerpräsident.

Denken Sie an die USA: 2,4 Milliarden an Förderungen. Aber auch im bundesdeutschen Vergleich sind die Maßnahmen bescheiden. Im Nachbarland Baden-Württemberg wird die Elektromobilität mit 15 Millionen Euro gefördert, und Herzstück ist hier die Landesagentur Elektromobilität. Dabei werden Aktivitäten und För-

dermaßnahmen besser verzahnt. Sind Sie bereit, eine Landesagentur nach dem Modell von Baden-Württemberg auch in Bayern zu installieren?

Herr Minister, gestern gab es gewissermaßen symbolhaft ein Zeichen, wie es um die Elektromobilität in Bayern steht. Es gab den Spatenstich, verbunden mit einer Pressemitteilung Ihrer Seite, in Erlangen. Dort wurde ein Erweiterungsbau des Fraunhofer-Instituts von Ihnen eröffnet. Sie haben das als Beitrag zum Ausbau des Forschungsschwerpunkts Elektromobilität gefeiert.

Der Herr Minister mit dem Spaten in der Hand - so sieht das in Bayern aus -, und anderswo Elektroautos, die bereits serienmäßig von den Bändern laufen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

In der Diskussion stehen aktuell Markteinführungsprämien; in China 6.500 Euro, in Frankreich wird ein Bonus von 5.000 Euro bezahlt. Wird es in Bayern solche Prämien geben?

Wird sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass auf E-Mobile keine Kfz-Steuer erhoben wird? Welche Anreize im Verkehrsrecht schweben Ihnen vor, auch wenn diese in der Gesamtschau vielleicht von geringer Relevanz sind? Ich denke an die bevorzugte Nutzung von Busspuren und kostenloses Parken in Innenstädten. In Frankreich wurde die Anschaffung von 100.000 Elektrofahrzeugen bis 2015 durch staatliche und private Unternehmen beschlossen. Wird der Freistaat einen Anteil seines Fuhrparks auf E-Mobile umstellen? Ab wann und in welcher Größenordnung?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Rinderspacher, Ihre Frage gibt mir Gelegenheit, Sie sozusagen ganz frisch und aktuell über die Beschlüsse des Kabinetts zu unterrichten. Ich bin der Opposition natürlich sehr dankbar, dass das damit ermöglicht wird.

Ich will auch sagen, dass vieles durchaus auch schon vor meiner Amtszeit auf den Weg gebracht worden ist. Aber da ist vielleicht der eine oder andere auch noch mehr in der Wahrnehmung seiner eigenen Tätigkeit befangen. Ich will betonen, diese Staatsregierung hat, seit sie im Amt ist, diesem Thema allerhöchste Priorität beigemessen. Ich kann heute feststellen, Bayern ist nicht auf der Standspur, sondern seit Langem und verstärkt in den letzten eineinhalb Jahren auf der Überholspur in Sachen Elektromobilität.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Ich darf übrigens daran erinnern, dass es die FDP-Bundestagsfraktion war, die im November 2008 bei der damaligen schwarz-roten Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für die Förderung von Elektrofahrzeugen gefordert hat. Die Frage ist immer, wer hier was vorangetrieben und wer blockiert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Die Aktivitäten der bayerischen Fahrzeughersteller sprechen für sich. Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Exportbranchen der deutschen und bayerischen Wirtschaft. Deutschland hat - das ist auch der Wille der Bundesregierung - das Zeug dazu, um auf dem Markt für Elektromobilität zu bestehen. Dieses Ziel wird von der Staatsregierung nachhaltig unterstützt und durch eigene Initiativen ergänzt.

Audi, BMW und MAN arbeiten gemeinsam mit ihren Zulieferern mit Hochdruck an der Entwicklung von Fahrzeugen mit Elektro- und Hybridantrieb. Audi entwickelt in einem eigens gegründeten Projekthaus ein integriertes Konzept für elektrische Antriebe im Fahrzeug. Das Förderprojekt wird unter der Bezeichnung "ePerformance" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 22 Millionen Euro unterstützt und bindet Institute aus Forschung und Industrie ein, unter anderem natürlich die TU München und die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren hohen Kompetenzen.

BMW setzt im Rahmen des "project i" ebenfalls auf eine ganzheitliche Betrachtung des Fahrzeugs. Das "project i" ist ein F&E-Projekt, mit dem neue Förderungsstrategien und Fahrzeugarchitekturen für den weltweiten Einsatz in den weiter wachsenden Megacitys entwickelt werden sollen. Der auch in München im Praxistest eingesetzte Mini-E ist ein erstes Produkt dieses Projekts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt für BMW auf dem Einsatz von Leichtbauwerkstoffen, insbesondere der Carbonfaser. Die MAN Nutzfahrzeuge AG startet noch im Sommer 2010 einen europaweiten Kundeneinsatz mit emissionsarmen Hybrid-Stadtbusen im ÖPNV in Ergänzung zu den heutigen Bustypen.

Diese enormen Anstrengungen - deswegen wollte ich das ganz konkret machen - der bayerischen Hersteller sind natürlich auch auf die positiven Rahmenbedingungen zurückzuführen, die die Unternehmen im Freistaat vorfinden. Im Interesse der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Unternehmen möchte ich die mit dem Titel der heutigen Ministerbefragung verbindbare Unterstellung, die bayerischen Unternehmen würden die Elektromobilität verschlafen, in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Naaß (SPD): Die Staatsregierung hat verschlafen!)

Die Staatsregierung hat die Zukunftsinitiative "Elektromobilität" mit einem Expertengespräch bereits im Mai 2009 in Nürnberg gestartet. Seit 1. August 2009 können über das bayerische Förderprogramm "Elektromobilität" die Forschung, Entwicklung und Erprobung von Elektrofahrzeugen bzw. hierzu notwendige Teilsysteme und Komponenten unterstützt werden. Für die Jahre 2009 und 2010 stehen insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Kollege Rinderspacher, natürlich hätte sich der bayerische Wirtschaftsminister hier mehr gewünscht. Aber Sie alle wissen, dass wir uns im Rahmen der Haushaltsslage bewegen müssen. Im Übrigen hat der gestrige Tag in Berlin ergeben, dass es jetzt nicht so sehr an F&E-Mitteln innerhalb der Industrie mangelt, sondern dass wir die verschiedenen Aktivitäten besser aufeinander abstimmen und vernetzen müssen und dass es auch viel zu früh wäre, jetzt schon wieder von Prämien zu sprechen, zumal ich auch davor warne, meine Damen und Herren: Nicht die Politik weiß, was die beste Zukunftstechnologie ist. Das ist immer schon schiefgegangen. Wir brauchen einen breiten Förderansatz und Rahmenbedingungen, damit sich diese Zukunftstechnologie entwickeln kann.

(Beifall bei der FDP)

Damit das möglich ist, haben wir das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie in Erlangen mit insgesamt 10 Millionen Euro ausgebaut. Sie haben freundlicherweise den Spatenstich schon erwähnt. Das ist halt unsere Art: Wir reden nicht, meine Damen und Herren, wir handeln.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Für den Wissenschaftstransfer von der Hochschule in die industrielle Praxis wird mit 9 Millionen Euro ein bayerisches Technologiezentrum für elektrische Antriebstechnik in Nürnberg errichtet. Es sind auch unsere Clusteraktivitäten zu erwähnen. Mit der Federführung von mir beauftragt ist der Cluster Automotive, der alle verbundenen Cluster einbezieht. Der Cluster Automotive vernetzt sich darüber hinaus mit anderen europäischen Automotive-Clustern und -Regionen und hat mit anderen ein europäisches Projekt initiiert, für das die EU eine Förderzusage ausgesprochen hat.

Mit dem Finanzvolumen von 24 Millionen Euro, das wir hier ausgeben, stehen wir auch im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gut da.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Baden-Württemberg!)

- Baden-Württemberg, Herr Kollege, gibt etwa 15 Millionen Euro aus.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ich sagte doch, dass Bayern 24 Millionen Euro ausgibt. Sie müssen die Dinge schon zusammenzählen. Ich sage Ihnen auch noch einmal als Ergebnis des gestrigen Tages, Herr Kollege: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einen substanzlosen Aktionismus verfallen. Die Aktivitäten, die wir in Bayern haben, mit einer exzellenten Wissenschaft auf dem Gebiet - ich erwähne nur die wichtige Batterie- und Speichertechnologie -, mit der angewandten Forschung und hervorragenden Unternehmen, übrigens auch im Mittelstand, die führend sind - meine Damen und Herren, denken Sie beispielsweise an ZF Sachs in Schweinfurt -, finden dank der Förderung der Bayerischen Staatsregierung statt. Ich bin der Auffassung, dass diese Zahlen für sich sprechen.

Wir haben heute im Kabinett vereinbart, dass wir verschiedene Dinge, auch Rahmenbedingungen, die Sie, Herr Kollege Rinderspacher, angesprochen haben, angehen, auch solche, die sich auf bundespolitischem Gebiet abspielen wie beispielsweise das Thema Kfz-Steuer, also die Frage, ob man die Steuerbefreiung über die fünf Jahre hinaus verlängern soll, bis hin zu ganz praktischen Dingen wie Standspuren und Busspuren, auf denen wir Elektrofahrzeuge einen Vorzug geben wollen. Das muss alles in ein Paket.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass es Modellregionen gibt. Wir haben zwei in Bayern: die Metropolregion München und das Allgäu. Ich gebe zu, der Genehmigungsprozess seitens des Bundes im letzten Jahr war etwas holprig. Ich hatte zum Beispiel versucht, ein interessantes Projekt aus dem Bereich Nürnberg im persönlichen Kontakt mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister in den Genehmigungsprozess zu bringen. Jetzt sind es also das Allgäu und München. Diese Dinge müssen wir vorantreiben, müssen sie erst einmal auswerten und begleiten, bevor wir schon wieder alles zu wissen glauben. Dazu müssen wir unsere Initiativen in Richtung eines Leitmarkts Elektromobilität vorantreiben. Hierfür bietet auch der nationale Aktionsplan der Bundesregierung eine sehr gute Grundlage, auch die Verabredungen, die gestern getroffen wurden. Wir in Bayern sind entsprechend unserem Anspruch ganz vorne mit dabei.

Sie haben China und Japan angesprochen. Ich sage mal, natürlich würden wir uns gerne mit den finanziellen Fördermöglichkeiten von China vergleichen. Aber ich finde, es ist schon einmal ein gutes Zeichen, dass Bayern mit seinen Möglichkeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ganz vorne ist. Wir sind gewillt, diese Spitzenstellung auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Christa Naaß (SPD): Mit 24 Autos ganz vorn!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSE 90/DIE GRÜNEN - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Erst die Nachfrage!)

- Gut, 27 Sekunden noch. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin! Der Herr Minister hat es eben angesprochen: Modellregion. Der Ministerpräsident hat in China noch eine weitere Modellregion in Bayern ins Gespräch gebracht, wohl wissend, dass es bereits München gibt und bundesweit acht Modellregionen, gefördert mit 115 Millionen Euro. Was hat den Ministerpräsidenten dazu veranlasst, eine weitere Modellregion ins Gespräch zu bringen, und wäre es denn nicht sinnvoller, alle Kräfte zu bündeln und auf eine Modellregion zu konzentrieren?

Letzte Frage: Ist es richtig, dass die Programmkoordination des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität in den Händen des Bundesverkehrsministers Ramsauer liegt? Nun hat Herr Kollege Huber moniert, dass das Bundesverkehrsministerium bundesweit Förderbescheide über 100 Millionen Euro erlassen habe und kein einziger Cent nach Bayern gegangen sei.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Jetzt frage ich mich: Wer hat dieses Versäumnis zu verantworten? Ist es Verkehrsminister Ramsauer, ist es Ihr Vorgänger, Herr Huber,

(Lachen des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

oder sind es Sie selbst?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich darf zum Thema Modellregion zunächst sagen: Der Ministerpräsident ist, wie Sie offensichtlich auch, unter dem Eindruck seines Besuchs in China gestanden,

(Christa Naaß (SPD): Wie meinen Sie das? - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur kein Neid!)

der sehr erfolgreich war und für den ich ihm auch im Namen der Bayerischen Staatsregierung sehr herzlich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir auf Reisen sind, weitet sich auch der Blick aufs eigene Land. Insofern finde ich den Vorschlag sehr gut, dass wir Überlegungen anstellen sollten betreffend die Strukturen, die wir jetzt in der Modellregion haben - wir haben jetzt mit München ein großstädtisches Gebiet und mit dem Allgäu ein ländliches Gebiet. Die Idee ist, übrigens nicht nur für die Elektromobilität, sondern auch insgesamt für das Thema regenerative Energien und Selbstversorgung, zu prüfen - und das werden wir in unserer Arbeitsgruppe tun -,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das haben wir beschlossen! - Christa Naaß (SPD): Geprüft oder beschlossen?)

wie wir eine kleinere Stadt mit etwa 10.000 Einwohnern in einen Modellversuch einbeziehen. Ich finde diese Idee hervorragend, und wir werden diese Dinge weiter gemeinsam prüfen.

Ich kann es, wie gesagt, nur begrüßen - das ist auch bei Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher, der Fall -, dass Sie so viele wichtige Eindrücke auch für Ihre Tätigkeit hier in Bayern von Ihrer Auslandsreise mitgebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich muss die weitere Frage noch beantworten, wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin.

Präsidentin Barbara Stamm: Natürlich. Entschuldigung.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Die zweite Frage richtete sich auf die Mittelvergabe. Es ist in der Tat so, dass für die Mittelvergabe das Bundesverkehrsministerium zuständig ist. Wir haben, seit ich im Amt bin, in regem Kontakt bezüglich der beiden Modellregionen gestanden, die letztlich erfolgreich waren. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten noch mehr zustande gebracht; dafür hatten wir uns eingesetzt. Ich bin ganz sicher, dass auch die neue Konstellation in Berlin - so neu ist sie jetzt gar nicht mehr - hilfreich ist, dass wir nach dem, was gestern verabredet wurde, noch mehr Aktivitäten nach Bayern holen. Wir stehen dabei nicht auf dem Bremspedal - da können Sie ganz sicher sein -, sondern so wie ich gestern bei der Fahrt eines Hybridfahrzeugs natürlich in aller Regel auf dem Gaspedal. Nur wenn es um die Ecke geht, muss man auf die Bremse treten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Dr. Thomas Goppel (CSU): Wenn's linksrum geht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt spricht für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Minister, es scheint, dass endlich die Automobilindustrie und die Bayerische Staatsregierung erkannt haben, dass der Automobilverkehr auf der Basis der fossilen Brennstoffe keine Zukunft mehr hat. Das wird auch bei Ihrem Statement klipp und klar. Es ist eigentlich notwendig, dass es schneller geht, wenn man bedenkt, dass man in Bayern schon einiges verschlafen hat. Wenn wir die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr von 1990 mit den heutigen vergleichen, müssen wir feststellen, dass wir keinerlei Fortschritt erzielt haben. Das heißt, in den letzten 20 Jahren ist der CO₂-Ausstoß durch den Verkehr gleich geblieben und nicht reduziert worden.

Zweifelsohne wird die E-Mobilität in der Zukunft zu einem wichtigen Bereich in der Mobilität werden. Die Frage ist eher, wie man dorthin kommt. Da muss man schon feststellen, dass die bayerische Automobilindustrie nicht gerade an der Spitze der Entwicklung steht, sondern in den letzten Jahren die Entwicklung eher verschlafen hat und jetzt verzweifelt aufzuholen versucht, während die anderen schon weiter sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf Folgendes hinweisen: Vor 20 Jahren bereits hatten wir in Deutschland eine Debatte über E-Mobilität, vor acht Jahren eine große Debatte zum Thema wasserstoffbetriebene Fahrzeuge. Das war in dieser Zeit eine Art Modewelle. Was ist daraus geworden? Das hat kaum dazu beigetragen, den Fuhrpark in Deutschland zu ändern - ich habe es vorhin erwähnt: Die CO₂-Emissionen sind in dieser Zeit gleich geblieben.

Daher frage ich die Staatsregierung: Welches CO₂-Reduzierungsziel streben Sie im Verkehrsbereich bis 2020 an? Zur Erinnerung: Aktuell liegt der CO₂-Ausstoß bei 25 Millionen Tonnen.

Des Weiteren würde mich interessieren, welchen Bereich die E-Mobilität ausmachen soll und was in anderen Verkehrsbereichen an Einsparung, zum Beispiel durch den Ausbau des ÖPNV angestrebt ist. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich vorhin gegen eine direkte Bezuschussung des Kaufs von E-Mobilen ausgesprochen. Würden Sie mir zustimmen, dass es eigentlich der bessere Weg wäre, eindeutige und klare Rahmenbedingungen, zum Beispiel strengere CO₂-Grenzwerte pro Kilometer, einzuführen, um dadurch einen Wettbewerb um die beste Technologie zu entfachen, ohne sich komplett auf batteriebetriebene Fahrzeuge festzulegen?

Ein weiteres Thema würde mich interessieren. Ich habe heute der Zeitung entnommen, dass Umweltminister Söder einen Einsatz der E-Mobilität eher im Ballungsraum sieht. Würden Sie mir zustimmen, dass umgekehrt die E-Mobilität im ländlichen Raum als Zubringer zum ÖPNV dienen könnte? - Also mehr der ländliche Raum, wo man mit dem ÖPNV faktisch nicht in die Fläche kommt, statt der Ballungsräume, die Umweltminister Söder in den Vordergrund stellt, wo durch den Ausbau des ÖPNV einiges erreicht werden kann.

Die letzte Frage: Sieht die Staatsregierung bei der Einführung oder Unterstützung der E-Mobilität denn nicht auch die Notwendigkeit, das Nutzerverhalten und das Anspruchsdenken in der Mobilität zu ändern, zumal man den Anspruch, möglichst das größte und schnellste Auto zu fahren, mit dieser Technik so schnell nicht befriedigen kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann, für diese wichtigen Fragen. Ich will aber noch einmal sagen, wir sollten es uns nicht immer so einfach machen. Das CO₂ macht bekanntlich vor Staatsgrenzen nicht halt. Insofern hatten von 1998 bis 2005 auch Sie und Ihre Freunde Gelegenheit, massiv gegenzusteuern. Deswegen will ich noch einmal sagen: Es ist wahr, wir alle müssen uns da noch sehr viel mehr anstrengen. Das will ich überhaupt nicht leugnen. Ich will nur sagen, wir sollten das Thema nicht immer so einfach in die parteipolitische Schublade stecken.

Ich gebe Ihnen völlig recht - das will ich unterstreichen -, dass wir hier einen ganz breiten Förderansatz brauchen. Ich stimme Ihnen zu, dass wir uns jetzt nicht wieder in eine bestimmte Subjektförderung, in Prämien begeben sollten. Vielmehr sollten wir an den Rahmenbedingungen arbeiten durch Anreize, wie Sie auch sagen. Deswegen ist die CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer im Prinzip auch der richtige Weg, und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass wir das auch europaweit umsetzen können. Insofern müssen wir auch an die Ausdehnung von Steuerbefreiungen, an Reichweitenverlängerungen und an die Ausgabe von grünen Kennzeichen denken. Ich habe den Modellversuch von MAN mit den Nutzfahrzeugen und den Bussen in den Städten bereits erwähnt. Wir haben beispielsweise auch unser Busförderungsprogramm speziell ökologisch ausgestaltet, um diese Dinge voranzubringen. Das gilt natürlich auch für das Thema Straßenverkehrsrecht und anderes, was Sie angesprochen haben.

Zum Reduktionsziel kann ich Ihnen nur sagen: Natürlich muss man sich da Ziele setzen. Deutschland hat sich ein Ziel gesetzt, und auch Bayern hat sich Ziele gesetzt, was die erneuerbaren Energien angeht und die Reduktion von CO₂. Wir sollten uns allerdings solche Ziele setzen und sie lieber übererfüllen, als uns selbst ständig neue Benchmarks zu geben, die wir dann nicht einhalten. Wichtig ist, zu versuchen, diese Dinge zu realisieren. Beim ganzen Thema CO₂-Ausstoß hoffe ich immer noch auf den Beistand der GRÜNEN und darauf, sie von der friedlichen Nutzung der Kernenergie in diesem Zusammenhang überzeugen zu können.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Niemals! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Das gehört mit dazu; denn wir müssen auch über die Ökobilanz insgesamt sprechen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Zurufe von den GRÜNEN)

Übrigens, Herr Kollege Hartmann, ist gestern verabredet worden, dass bis zum Jahre 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen rollen sollen. Wir haben den Ehrgeiz, dass davon so viele wie möglich in Bayern fahren. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das mit allen Beteiligten verabredet ist, und wir sollten daran arbeiten, dieses Ziel auch wirklich zu erreichen.

Sie haben dann noch Ausführungen zum Thema Ballungsraum/ländlicher Raum gemacht. Dazu haben wir - so habe ich Kollege Söder verstanden - eine Reichweitendiskussion hinsichtlich der Elektromobilität. Selbstverständlich schließt die Anwendung im Ballungsraum die Anwendung im ländlichen Raum nicht aus, das zeigen auch die Modelle. Insofern brauchen wir tatsächlich einen breiten Ansatz, und da habe ich das Allgäu schon erwähnt. Ich glaube, auch da sind wir auf gutem Wege.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass ich fast alle Ihre Fragen habe beantworten können. Ich lade Sie herzlich ein, sich in diese interministerielle Arbeitsgruppe, die wir heute beschlossen haben, einzubringen. Sie ist offen für alle Anregungen von allen Seiten. Ich glaube, Sie könnten uns in dieser Gruppe sehr konstruktiv mit Ihren Vorschlägen begleiten.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt der Kollege Glauber für die Fraktion der Freien Wähler. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Herr Minister, es ist natürlich spannend, wenn Sie sagen, Sie wollten eine schnelle Markteinführung der Elektromobilität. Sie meinten, eine solche schnelle Markteinführung könnte man beispielsweise mit der Einführung grüner Kennzeichen oder durch Hinweisschilder auf Stromladestationen erreichen. Das fänden Sie noch besser. Ich glaube nicht, dass wir mit solchen Maßnahmen mit Ländern konkurrieren können, die die Einführung finanziell fördern. So fördert Monaco beispielsweise die Markteinführung mit 8.000 Euro, Dänemark gibt 3.000 Euro, Großbritannien 5.800 Euro, Portugal 4.500 Euro usw. Herr Kollege Rinderspacher hat auch schon Japan angesprochen mit 10.000 Euro. Ich glaube, wir müssen uns viel konkreter mit dem Thema der Elektromobilität befassen.

Meine erste Frage geht nun dahin, wie Sie die so wichtige Speicherforschung in den nächsten Jahren finanziell ausstatten wollen. Dazu würde ich gerne konkrete Zahlen erfahren.

Nächster Punkt. Ganz wichtig in der Elektromobilität ist die Frage des intelligenten Netzes. Wenn wir regenerative Energien nutzen wollen - deren Förderung wird auf Bundesebene bei der Fotovoltaik zusehends beschnitten -, ist es wichtig, solche intelligenten Netze zu haben. Meine Frage geht dahin, wie Sie auf Bundesebene bzw. europäischer Ebene einheitliche Standards in der Elektromobilität erreichen wollen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Bezuglich der Speichertechnologie gibt es bereits gute Förderansätze, ob es sich nun um München handelt, Nürnberg/Erlangen oder Würzburg. Überall da gibt es Einrichtungen von hohem Rang, die wir weiter fördern wollen. Da haben Kollege Heubisch und ich bereits einiges auf den Weg gebracht. Und das geht weiter. Sie tun immer so, als stünden wir da am Anfang. Entsprechende Einrichtungen sind durchaus vorhanden. Ich nehme zum Beispiel ein Projekt an der TU München, die UnternehmerTUM Energy, wo es bereits jetzt einen fachübergreifenden Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt gibt.

An der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt laufen gerade auch in der Batterietechnologie sehr interessante Projekte, und die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Kempten ist federführend in dem vom Bund geförderten Forschungsprojekt eE-Tour Allgäu. All diese Dinge laufen.

Im Übrigen sind wir beide beauftragt, im Rahmen unserer Initiative "Aufbruch Bayern" Projekte zum Thema Innovation zu verifizieren und massiv auszubauen. Ich freue mich da auch auf Ihre Unterstützung im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Im Übrigen wissen wir, dass wir gerade in der Speicher- und Batterietechnologie - das gilt übrigens für ganz Deutschland - sehr aufpassen müssen, um nicht zurückzufallen. Es sind genügend Kompetenzen da, wenn es auch gilt, diese noch besser zu vernetzen. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir an das anknüpfen können, was wir bereits haben. Und wo es notwendig ist, werden wir selbstverständlich auch noch ein Zusätzliches tun.

Am Schluss haben Sie auch noch die Prämien angeprochen. In Antwort auf die Fragen des Kollegen Hartmann habe ich eben versucht, deutlich zu machen, dass wir als Politiker jetzt nicht den Fehler begehen sollten, lediglich auf eine ganz bestimmte Antriebstechnologie zu setzen. Die Dinge sind da sehr im Fluss. Gerade in der Hybridtechnologie gibt es eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Lösungen. Das bestätigt mich in meiner Meinung, dass wir hier einen sehr breiten Ansatz brauchen, und da ist uns nicht mit Kaufprämien geholfen.

Ich darf Sie noch einmal an die gestrige Diskussion erinnern. Die vielen nachdenklichen Stimmen, die heute in der Presse zu lesen sind, haben doch bestätigt, dass dies der falsche Weg wäre. Wir müssen sehen, wie wir unsere Technologievorsprünge, die in der bayerischen und deutschen Automobilindustrie vorhanden sind, gezielt auf den Märkten ausbauen.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Reiß das Wort erteilen.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich komme auf die Frage der Vernetzung zurück. Das Kabinett hat heute in der Fünf-Punkte-Strategie beschlossen, neue Schwerpunkte im Bereich der Cluster-Offensive, insbesondere beim Cluster Automotive zu setzen. Wir wissen allerdings alle - das hat sich bei der Diskussion jetzt noch einmal herausgestellt -, dass das Thema ein clusterübergreifendes, ein branchenübergreifendes Thema ist, und es ist vor allem auch ein energiepolitisches Thema.

Wir setzen alle großen Hoffnungen darauf, dass uns für die Mobilität in der Zukunft auch Speichermöglichkeiten für den Strom aus Wind und Sonne zur Verfügung stehen werden. Meine Frage geht dahin, welche konkreten clusterübergreifenden, branchenübergreifenden Maßnahmen hier angedacht sind. Es gibt die Cluster Leistungselektronik und Energietechnik. Wie kommen wir

hier zu einer stärkeren Vernetzung, und wie schaffen wir es, dass die Wertschöpfung, die wir uns in der Elektromobilität versprechen, überwiegend und vorrangig in Bayern stattfindet?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, Sie haben schon auf die Vielschichtigkeit des Themas abgehoben. Dementsprechend ist auch eine Vielzahl von bayerischen Clustern mit diesem Thema befasst. Gemäß meinem Auftrag liegt aber die Federführung ganz klar bei dem Cluster Automotive, der die Cluster Bahntechnik, Chemie, Energietechnik, Leistungselektronik, Mechatronik, Automation und, sehr wichtig, auch neue Werkstoffe ganz eng einbindet. Wir haben hier zunächst einmal bereits eine sehr stabile Plattform. Dennoch haben wir das von mir schon erwähnte Projekt ENEVATE mit zehn weiteren Projekt-partnern ausgearbeitet, das Anfang dieses Jahres genehmigt wurde. Mit diesem Projekt wird auch die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte vorangetrieben. Vor allen Dingen wird die Transparenz und Zusammenarbeit in Europa beschleunigt. In einem weiteren Schritt wollen wir dann die Partnerregionen identifizieren und die Entwicklung, die Begleitung und den Erfahrungsaustausch aus den verschiedenen Modell-regionen zusammentragen. Der Qualifizierungsbedarf wird auch im Rahmen dieses Projekts ermittelt; Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden erarbeitet.

Das Cluster Automotive, das auch der Identifizierung geeigneter bayerischer, nationaler und europäischer Förderprogramme dient, begleitet auch die Projektpartner, unterstützt und berät bei der Entwicklung von Projektskizzen und übernimmt auf Wunsch auch das Projektmanagement. Uns ist wichtig, dass wir im Rahmen dieses Clusters - das haben wir heute noch einmal festgehalten - auch einen Kompetenzatlas erstellen, in dem wir ganz klar sichtbar machen, welche großen Kompetenzen auf diesem Gebiet wir überall in Bayern, bis hinein in kleine mittelständische Betriebe haben, um dieses Netzwerk noch aufzufächern. Hier wurde zwar sehr viel gute Vorarbeit geleistet, aber Sie haben recht: Da muss noch stärker fokussiert werden. Das geschieht; das haben wir heute ausdrücklich auf den Weg gebracht.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Staatsminister. Nun darf ich Herrn Kollegen Thalhammer für die FDP das Wort erteilen.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Staatsminister, Sie wissen, dass Ihre Fraktion es sehr begrüßt, dass Sie sich immer ganz klar zu den Zukunftschancen bekennen und sich generell sehr für innovative Ansätze einsetzen, in diesem Fall sehr stark für die Elektromobilität.

Sie setzen dabei ein ganz klares Zeichen, indem Sie eine Arbeitsgruppe über die Ministeriumsgrenzen hinweg ins Leben rufen. Dabei haben Sie zugesichert, dass wir unsere Vorschläge gerne einbringen können.

(Zahlreiche Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe)

Können Sie schon verraten, welche Schwerpunktthemen in der Arbeitsgruppe verfolgt werden sollen, die unter Ihrem Vorsitz tätig sein wird?

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha! - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich verstehe gar nicht, was Sie an der Frage stört.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie haben offenbar gar kein so großes Interesse an konkreten Auskünften. Herr Kollege Thalhammer, wir haben heute darüber ausführlich im Kabinett gesprochen und gesagt, dass es bei der Bündelung der Aktivitäten, die wir in der Wissenschaft und Forschung schon haben, bei den Gesprächen mit den Energiekonzernen und natürlich auch mit den Automobilherstellern wichtig ist, dass auch die Politik hier sehr viel vernetzter denkt. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir die vielfältigen Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft, Umwelt, Inneres und, sehr wichtig, Finanzen sowie Landwirtschaft bündeln. Daher wird diese Arbeitsgruppe die Fragen und Maßnahmen, die Herr Kollege Glauber vorhin etwas geringsschätzig abgetan hat, nämlich das ganze Bündel an Markteinführungsmaßnahmen prüfen, weil wir dann gegenüber dem Bund initiativ werden müssen. Herr Kollege Glauber hat ganz bewusst ein paar kleinteilige Maßnahmen herausgefischt, aber es sind natürlich eine ganze Menge umfassender Maßnahmen dabei, die gerade auch Kollege Söder mit eingebracht hat.

Uns ist auch ganz wichtig, dass wir in einem vernetzten Ansatz nicht nur über das ganze Thema Versorgungsstruktur und die ganze Logistik für diese Fahrzeuge reden, sondern dafür ganz konkrete Lösungsansätze erarbeiten. Wir wissen alle: Das schönste und beste Elektromobil nützt nichts, wenn man dafür nicht die notwendige Infrastruktur hat. Hierzu gibt es auch in anderen Ländern interessante Vorschläge. Wir wollen diese Vorschläge bewerten und uns auch überlegen, ob wir noch weitere Forschungsverbünde zu den Themen Batterieleichtbau und Brennstoffzelle über die jetzt vorhandenen Verbünde hinaus anstoßen. Sie finden also ein breites Feld an Vorschlägen und Aktivitäten vor. Ich

lade alle Mitglieder des Hohen Hauses ein, an dieser wichtigen Zukunftsaufgabe mitzuwirken.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Blume für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Markus Blume (CSU): Herr Minister, wir können feststellen, dass das Thema Elektromobilität tatsächlich in der Politik angekommen ist. Der Vollständigkeit der Debatte halber möchte ich noch nachschieben, dass einige der Maßnahmen, die heute diskutiert und von Ihnen eingebracht wurden, in der Tat schon von der vorhergehenden Staatsregierung im Rahmen von BayernFIT auf den Weg gebracht wurden. Das gehört zur Vollständigkeit.

Wir sind uns über die Zielsetzung im Klaren und wissen, wohin wir Bayern bei diesem Thema entwickeln wollen: Wir wollen Bayern zum Leitmarkt und zur Leitanbieterregion für Elektromobilität machen. Das ist ein einigermaßen komplexes Unterfangen. Es gibt bereits eine Vielzahl von Vorstößen und Initiativen zu diesem Thema. Deswegen waren wir der Auffassung, dass es möglicherweise sinnvoll wäre, sich zu überlegen, ob es eines Masterplans an dieser Stelle bedarf, um diese Maßnahmen zu orchestrieren und möglichst effizient auszuführen. Ich erkenne - das ist jetzt meine erste Frage - in Ihrem Hause eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Idee, einen solchen Masterplan zu entwickeln. Das wundert mich auch deshalb, weil die Wissenschaft, die Cluster und viele andere sagen, dass ein regionales Verständnis dafür entwickelt werden muss, was eigentlich notwendig ist, wie Elektromobilität in Bayern ausschauen soll und wie sie effektiv zu Wege gebracht werden kann.

Meine zweite Frage betrifft die Modellregion München, die mir persönlich sehr am Herzen liegt und die zu begleiten ich nach Kräften versuche. Es wäre wohl übertrieben zu sagen, dass die Modellregion München bisher brillant läuft. Es fehlt meines Erachtens - das möchte ich auch dem Kollegen Rinderspacher rufen - am Rückenwind aus der Landeshauptstadt, die sich sonst mit ihrem Öko-Engagement immer brüstet. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie diese Einschätzung teilen. Es fehlt möglicherweise auch an einer intensiveren Begleitung durch uns selbst, an einer intensiveren Begleitung durch den Freistaat Bayern.

Es wurde problematisiert, dass wir niemanden in den Beirat der Modellregion entsandt haben, um die Entwicklung dort anzuschließen. Daher lautet meine zweite Frage: Glauben Sie denn nicht auch, dass ein Beauftragter der Staatsregierung genau diese wichtige Schnittstellenfunktion ausüben könnte, nämlich die Ko-

ordination von Modellregionen, von Überlegungen der Staatsregierung bis hin zu Überlegungen des Bundes wahrzunehmen?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Sie haben völlig recht, dass wir bei einem zusätzlichen Masterplan sehr zurückhaltend sind. Man muss zunächst einmal feststellen: Durch den nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität gibt es bereits auf Bundesebene eine sehr gute Grundlage. Mit dem Kompetenzatlas werden wir hier noch Verfeinerungen erreichen und etwas schaffen, was schon in diese Richtung geht.

Ich will Ihnen ganz offen sagen: Ich habe den Eindruck - und der ist auch durch die Berichterstattung über das Ereignis gestern in Berlin verstärkt worden -, dass es uns weniger an Plänen und guten Absichten mangelt, sondern dass wir jetzt vielmehr die Pläne und Absichten umsetzen müssen, die schon vorhanden sind.

(Beifall bei der FDP)

Da sind wir in Bayern schon auf einem sehr guten Weg, um diese Datenbasis noch zu verbessern. In der Auffassung über den Weg und das Ziel sind wir überhaupt nicht auseinander. Ich möchte aber dafür werben, dass wir die Bevölkerung nicht nur ständig mit neuen Begriffen, sondern mehr mit nachvollziehbaren Handlungen beglücken. Ihre Meinung zu den Modellregionen teile ich völlig. Sie laufen in der Tat sehr unterschiedlich. Ich hätte mir schon gewünscht, dass vor allem die, die sich mit einem sehr großen Vorlauf und öffentlicher Begleitung beworben haben, die Realisierung dieser Konzepte etwas stärker betreiben. Sie dürfen sicher sein, dass wir uns einbringen und es nicht zulassen werden, dass sich die Projekte zerfasern. So haben wir auch den von BMW ausgelobten Modellversuch mit den E-Minis sehr eng mit den Tankstellen und den Fahrzeugen begleitet.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zum Beauftragten sagen. Der Beauftragte für Elektromobilität im Freistaat steht vor Ihnen. Es ist der zuständige Minister, der dieses Projekt mit großem Engagement betreibt. Wir werden in der heute beschlossenen Arbeitsgruppe sicherlich Gelegenheit haben, die ressortspezifischen Kompetenzen auf diesem Gebiet voranzutreiben und zu bündeln.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt habe ich noch einmal Herrn Kollegen Hartmann für 23 Sekunden auf der Rednerliste.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Verehrter Herr Minister, ich bin nicht nur an konkreten Informationen, sondern auch an konkreten Antworten interessiert. Sie sind mir die Antwort schuldig geblieben, welches Ziel bei der CO₂-Reduzierung im Verkehr verfolgt wird. Es geht mir dabei nicht um irgendeine Messlatte, die Sie nach Lust und Laune auflegen. Wenn ich eine CO₂-Abgabe bemessen nach Kilometern oder Ausstoß einführe, brauche ich ein Ziel, das ich erreichen will, um die Werte festlegen zu können. Dieses Ziel möchte ich von Ihnen wissen. Wie viele CO₂-Emissionen möchte Bayern prozentual bis zum Jahr 2020 im Verkehrssektor einsparen?

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Hartmann, ich hatte gehofft, Ihnen klargemacht zu haben, dass ich ein Freund von ehrgeizigen Zielen bin. Die Zieldiskussion, die über das hinausgeht, was wir bereits vereinbart haben, halte ich nicht für richtig. Ich habe lieber eine ganz konkrete Vorgabe, um die Vereinbarungen zu erfüllen. Dazu müssen die Energiewirtschaft und der Verkehr ihre Beiträge liefern. Ich halte wenig davon, irgendein eigenes bayerisches Ziel vorzugeben. Im Jahr 2020, wenn wir beide in unseren Funktionen noch da sind - Sie in der Opposition und ich in der Regierung -, unterhalten wir uns dann darüber, ob wir die Ziele erreicht oder nicht erreicht haben. Wir müssen diesen Weg zum Erfolg beharrlich weitergehen. Deswegen entlocken Sie mir jetzt kein weiteres Ziel. Ich halte von diesen Diskussionen wenig. Wir sollten weniger Papier produzieren und mehr machen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Ministerbefragung beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Schluss mit der Übertrittsauslese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner